

Behinderung, Medien und Zensur

„Das Kommunikationsmittel Fernsehen ist ein Mittel der Zensur (es verdeckt, indem es zeigt), das zugleich selbst einer starken Zensur unterliegt.“

Die Worte des französischen Soziologen Pierre Bourdieu führen direkt zu einem Schwerpunkt des neuen newsletters. Contergan war ein zentrales Fernsehereignis des vergangenen Herbstes. Fünfzig Jahre nach Bekanntwerden der Wirkungen des Schlafmittels bei Schwangeren war der Zeitpunkt gekommen, Talkrunden, Dokumentationen, Filme zu zeigen. Die mediale Hervorhebung des Ereignisses – so die Logik des Fernsehens – verspricht Einschaltquoten. 7,27 Millionen ZuschauerInnen sahen den Spielfilm „Eine einzige Tablette“. Das entspricht einem Marktanteil(!), so Wikipedia, von 22,2 Prozent des Gesamtpublikums, und es zeigt den ökonomischen Hintergrund einer solchen Strategie. Im Gespräch mit Gregor Wolbring über „Ungewöhnliches“ (► S. 2) und in Volker van der Lochts Artikel über die Endlosigkeit des Skandals werden einige zensierte Sachverhalte zum Thema beleuchtet (► S. 4).

Erinnert sich noch jemand an den UN-Sonderbotschafter Muñoz? Nach Vorlage seines Berichts über skandalöse Zustände für behinderte und ausländische Schülerinnen und Schüler in Deutschland war die Aufregung in den Medien groß (siehe newsletter (28/2007)). Das ist längst vergessen. Gegen die Eintönigkeit des steten Wechsels medialer Berichterstattung

dokumentieren wir die Presseerklärung der Veranstalter des inzwischen durchgeführten Kongresses „Eine Schule für Alle“ (► S. 5).

Es ist nicht leicht, im Medienrauschen allgemeiner und beliebiger Geschwätzigkeit eine akzentuierte Position gegen den mainstream wahrzunehmen. Zwei Aktivisten der Bewegung wollen ihre Stimme auf der Bühne staatlicher Institutionen erheben. Jörg Fretter berichtet über Gerlef Gleiss (► S. 6) und Ottmar Miles-Paul (► S. 1).

Fern großer medialer Beachtung ist auch das Schicksal von Paul Wulf aus Münster geblieben. Erika Feyerabend schreibt über den „Antifaschisten und Freidenker“ (► S. 8).

Medienrauschen, Medienlärm, Schlachtenlärm: Im Vorfeld des Lärms der Weltkrieg-Geschütze spürt Volker van der Loch den Gründen der Kriegsmobilisierung des Roten Kreuzes nach und wie sich Kriegskrankenpflege mit der Vernichtung behinderter Menschen verschränkte (► S. 6).

Mag der historische Artikel seinem Charakter nach dem gleichen Mediengesetz der Hervorhebung eines Ereignisses genügen wie die offiziöse Berichterstattung über Contergan: Dennoch, so glauben wir, beinhalten die Beiträge dieses newsletters einiges, das sonst der Zensur (Bourdieu) anheim fiel.

Für die Redaktion

VOLKER VAN DER LOCHT

Personalia I

Miles-Paul goes Mainz...

Eine der Jahresendmeldungen, die einen irritiert zurücklassen, kam dieser Tage aus dem rheinland-pfälzischen Sozialministerium: Marita Boos-Waidosch, langjährige behinderte Aktivistin aus dem Spektrum des Zentrums für selbstbestimmtes Leben Mainz (ZsL) und seit Mitte diesen Jahres rheinland-pfälzische Landesbehindertenbeauftragte, legt aufgrund ihrer gesundheitlichen Situation ihr Amt nieder. So weit so schlecht. Und jetzt kommt es: Ihr Nachfolger im Amt wird der sehbehinderte, als freiberuflicher Publizist und Projektmanager tätige Ottmar Miles-Paul aus Kassel werden. Verwundert reiben wir uns die Augen. Wieder einer der Aktivisten, der sich auf den langen Weg durch die Institutionen macht? Und die Zurufe, die er erhält, sind auch das typische Glockengeläut, das solcherart Ernennungen begleitet. Malu Dreyer, ihres Zeichens hochgeachtete rheinland-pfälzische Sozialministerin, spricht zu uns und meint: „Mit der Berufung von Ottmar Miles-Paul zum Landesbehindertenbeauftragten konnten wir einen langjährig engagierten und äußerst erfahrenen behinderten Menschen für dieses Amt gewinnen.“ Schön, von seiner neuen Chefin so empfangen zu werden.

Doch wird dies Ottmar bei weitem nicht gerecht: Der langjährige Geschäftsführer der Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben Deutschland (ISL),

weiter auf Seite 7

Contergan – Über die Endlosigkeit eines Skandals

Mit dem so genannten „Contergan-Skandal“ gab es in den vergangenen Monaten wieder ein Ereignis, über das ausführlich in Presse, Funk und Fernsehen berichtet wurde. Anlass der erhöhten Aufmerksamkeit war wie üblich ein Jahrestag. Vom 1. Oktober 1957 bis zum 27. November 1961 wurde das von der Pharma-Firma Grünenthal entwickelte Schlafmittel Contergan vertrieben. Die Einstellung des Vertriebs hierzulande erfolgte viel zu spät, nachdem bekannt wurde, dass die Einnahme des Mittels bei Schwangeren zu Behinderungen bei der Leibesfrucht führte.

Nun ist der Bezug auf Gedenktage eine übliche Praxis, um in der medialen Öffentlichkeit Beachtung zu finden. Davon kann und will sich auch der Newsletter nicht freisprechen. Die Erzeugung öffentlichen Interesses soll aber dazu dienen, auf wenig oder gar nicht wahrgenommene Probleme, Missstände etc. aufmerksam zu machen. Wer dies aber erwartet, wenn er/sie sich die erschienenen Artikel, Fernsehdokumentationen und einen Spielfilm vor dem geistigen Auge Revue passieren lässt, wird enttäuscht. Die Berichterstattung war recht oberflächlich, kein Konfliktfeld wurde grundsätzlich diskutiert.

Der Film

Zentraler Ausgangspunkt medialer Darstellungen war ein zweiteiliger Spielfilm, der am 7./8. November in der ARD ausgestrahlt wurde. Der erste Teil mit dem Titel „Eine einzige Tablette“ handelt von dem Rechtsanwalt Paul Wegener und seiner Frau Vera. Paul Wegener gründet mit einem Kollegen 1960 eine Anwaltsspraxis, und sie bemühen sich um Klienten aus der Industrie. Vera We-

gener ist schwanger. Wegen Schlafstörungen nimmt sie eines Abends eine Tablette des von ihrem Arzt als harmlos empfohlenen Schlafmittels Contergan. Sie bringt ein Kind zur Welt, dem beide Arme und ein Bein fehlen. Die Eltern müssen sich in der Klinik von Ärzten anhören, dass sie sich nicht auf Erbkrankheiten haben untersuchen lassen.

In der Folge erhärtet sich der Verdacht, dass Contergan die Behinderungen verursacht hat. Nach sieben Jahren Vorbereitungszeit beginnt die juristische Auseinandersetzung 1968, die im zweiten Teil unter dem Titel „Der Prozess“ dargestellt wird. Die mittlerweile siebenjährige Tochter Katrin hat es schwer, sich im Alltag zu behaupten und muss mit deprimierenden Situationen wie der Meidung von anderen Kindern fertig werden. Diese Isolierung bricht erst auf, als im Haus eine italienische Frau mit ihrer Tochter einzieht. Die Mütter und die Töchter freunden sich an, wodurch sich Katrins Situation enorm verbessert.

Gleichzeitig ist die Ehe der Wegeners starken Belastungen ausgesetzt, da Vera nicht mit Pauls Prozessstrategie einverstanden ist. Naumann, Verteidiger des Konzerns, spielt dagegen auf Zeit, um eine Verjährung des Deliktes herbeizuführen. Gelänge dies, gäbe es keine Entschädigungszahlungen für die Opfer. Die verantwortlichen Mitarbeiter der Firma Grünenthal sind durch die lange Prozessdauer zermürbt und wollen teilweise aufgeben. Wegener will die Verjährung verhindern und erreicht eine außergerichtliche Einigung in Höhe von 100 Millionen DM als Schadenersatz für die Opfer. Das Verfahren wird schließlich im Dezember 1970 wegen

„geringfügiger Schuld“ der Angeklagten und „mangelndem Interesse der Öffentlichkeit“ eingestellt.

Reaktionen

Peter Luley schreibt in Spiegel online vom 27. September 2007, der Film sei Qualitätsfernsehen erster Güte und ein zutiefst bewegendes Plädoyer für Menschlichkeit. Auf Stern.de vom 6. November meint Bernd Gäbler:

„Der ARD-Film ist ergreifend, vielleicht rührt er den einen oder anderen Zuschauer auch zu Tränen, aber er entgeht diesen Gefahren. Er ist kein Rührstück geworden. Natürlich personalisiert er und emotionalisiert er - was denn sonst? Strukturgeschichte und Medizinsoziologie lassen sich nicht verfilmen. Konflikte werden verdichtet. So platzt der Konflikt mit dem Pharma-Hersteller mitten hinein in eine aufstrebende, von zwei jungen Anwälten betriebene Kanzlei. Aber es entsteht ein großes, massenkompatibles, die Möglichkeiten des Mediums nutzendes Stück Fernsehen.“

Behinderung als bewegender oder besser mitleidserregender Zustand ist eine alte Metapher, gegen die sich die Krüppel/Behindertenbewegung immer gewehrt hat. Lediglich Heinrich Wefing lässt einige kritische Töne fallen. Er kommentiert in der FAZ vom 6. November:

„Contergan' ist fraglos professionell gemacht, überdurchschnittlich besetzt, detailwütig ausgestattet und teils ergreifend gespielt. Nie jedoch bricht der Film aus dem Schwarz-Weiß von Opfern und Tätern aus, nie lässt der Film das Konventionelle hinter sich. Dafür sind die Figuren zu bruchlos, die Konflikte zu übersichtlich und die Frisuren zu flott.“

In der Tat bleibt manche Szene reich-

lich unrealistisch. Als Katrin Wegener andere Kinder zu ihrem Geburtstag einlädt, kommt niemand, und der Geburtstag fällt aus. Realistischer wäre gewesen, einzelne Kinder kommen aus den bekannten diskriminierenden Gründen nicht, aber es findet im Beisein von Onkel, Tanten, Großeltern und der Eltern eine Geburtstagsfeier statt.

Auf der einen Seite wird mit den Ärzten der Entbindungsklinik, in der Vera Wegener ihr Kind zur Welt bringt, die Präsenz von Nazi-Gedankengut in der deutschen Ärzteschaft dokumentiert. Das sind die „bösen“ Ärzte. Auf der anderen Seite gibt es den „guten“ Arzt, der den Zusammenhang von Contergan und Behinderung herstellt und zum Kronzeugen der Klage gegen Grünenthal avanciert. In der Realität vereint sich jedoch „Gutes“ und „Böses“ in den einzelnen Personen.

Kontinuitäten

Tatsächlich hatte der Genetiker Widukind Lenz den beschriebenen Zusammenhang bei Contergan herausgefunden. Lenz, zweiter Sohn des Humangenetikers und führenden NS-Rassenhygienikers Fritz Lenz, war während des Dritten Reiches HJ-Führer und SA-Mitglied. Von 1965 bis 1984 war er Leiter des Humangenetischen Instituts der Universität Münster. Erfolgte Otmar Freiherr von Verschuer. Verschuer war wie Fritz Lenz Rassenhygieniker des Dritten Reiches. Seit Oktober 1942 war er Direktor des Kaiser Wilhelm Instituts für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik. 1941 äußerte er im „Leitfaden für Rassenhygiene“:

„Der Führer des Deutschen Reiches ist der erste Staatsmann, der die Erkenntnisse der Erbbiologie und Rassenhygiene zu einem leitenden Prinzip in der Staatsführung gemacht hat.“

In einem solchen Umfeld – heute würde man/frau von Seilschaften sprechen – machte Verschuers Schüler Widukind Lenz Karriere, und es

verwundert nicht, dass er zu ähnlichen Schlüssen kommt:

„Wir kennen doch in den Randgebieten der großen Städte die Asozialen-Siedlungen. Hier haben viele Mütter doch schon vor ihrem dreißigsten Lebensjahr sieben oder acht Kinder, obwohl es ihnen wirtschaftlich schlecht geht und sie mit ihren Kräften dekomponiert sind und den Erziehungsproblemen weitgehend hilflos gegenüber stehen. Diese Mütter bekommen ihre Kinder nicht nur, weil sie unfähig zur Empfängnisverhütung sind, sondern auch, weil die Familie praktisch von Kindergeld lebt. Hier glaube ich,

ist die soziale Indikation zur Sterilisation zugleich auch eine humane und eugenische.“

Ein solcher Arzt engagiert sich mit seiner Frau für die Entschädigung der Contergan-Betroffenen. Dass es auch für ihn ein Gewinn bedeutet, bleibt außen vor. 1962 veröffentlicht Lenz zusammen mit K. Knapp in der Deutschen Medizinischen Wochenschrift, Stuttgart, 1962, 87(24), S. 1232-1242 seine ersten Ergebnisse zu dem Mittel. 1963/64 erhält er aufgrund dieser Forschungen die Ehrendoktorwürde der Universität Tübingen: wissenschaftliche Reputation in der scientific community ein nicht zu unterschätzender Erfolg für einen strebsamen Forscher.

Offene Fragen

Die Ein- und Zweideutigkeiten bestimmten auch die Diskussionen im Umfeld der Ausstrahlung des Spielfilms. In der Talk-Runde „Hart aber fair“, Ausstrahlung am 7. November, wurde gerade von einem Contergan-Betroffenen mitleidvoll das schwere Los und die Überbeanspruchung mit

vorzeitigem körperlichen Verschleiß betont. Dass es auch andere Sichtweisen gibt, verdeutlicht Gregor Wolbring (siehe Interview). Ausgeblendet wird, dass das Problem der Überbeanspruchung auch andere Behinderte betrifft.

Die Jähmung des Contergan-Skandals zum Anlass zu nehmen, über den Tellerrand der eigenen Betroffenheit zu schauen und ein solches Thema allgemein für Menschen mit Behinderung zu machen, wurde verpasst.



Selbst bei der Zusammenarbeit unter den Betroffenen hapert es. Wer redet von den Conterganern in anderen Ländern. In Brasilien soll es 480 anerkannte?! Betroffene geben. Grünenthal setzte dort das Medikament gegen Lepra ein. Während die Pharma-Firma ihre Profite aus vielen Ländern und Kontinenten einstreicht, hinkt!!! die internationale Solidarität behinderter Frauen und Männer arg hinterher. Auch hier wurde eine Möglichkeit vertan, Behinderung in der globalisierten Welt zum Thema zu machen. Und seien wir ehrlich, müssen wir uns da nicht an die eigene Nase fassen?

Derlei Fragen gibt es noch viele, die aus Platz- und Zeitgründen hier nicht entfaltet werden können. Der Skandal sollte aber Anlass zu weiteren Diskussionen sein, denn wenn dieser Artikel erscheint, ist in der Logik publizistischer Präsentation alles vorbei. Zur Aufrechterhaltung neuer Aufgeregtheit haben sich die Medien auf ein anderes Ereignis gestürzt.

VOLKER VAN DER LOCHT, ESSEN

„wäre ich als Nicht-Conterganer weniger geneigt gewesen, Ungewöhnliches zu machen und wäre weniger zielstrebig gewesen“

Ein Gespräch mit Gregor Wolbring

newsletter ▶ : Du bist selbst Contergan-Betroffener. Gibt es für Dich im Rückblick etwas besonders Bemerkenswertes, wie diese Behinderung Deinem Leben eine bestimmte (gute oder nicht so gute) Wendung gab?

Gregor Wolbring ◀ : Das ist schwer zu beantworten. Ich denke, dass das Körperlich-Anders-Sein mich weniger bestimmt hat als die Reaktion von anderen. Dass meine Eltern mich NICHT als Monster gesehen haben, was ja durchaus die Erfahrung von einigen Conterganern war, hat es mir ermöglicht, mich selbst nie in Frage zu stellen. Es hat mir auch geholfen, die Reh-Zeit zu 'überleben', wo ich mit 14 Jahren gelandet bin, weil das Gymnasium zu Hause, dass ich bis dahin besucht hatte, in einen Neubau zog, der ohne Fahrstuhl gebaut worden war. Da kein Gymnasium in der Nähe Rolli-gerecht war, musste ich weiter weg ins Reha-Zentrum, um die dort im Ort Rolli-gerechte 'normale' Schule besuchen zu können. Ich denke, dass meine körperliche Realität oft das Beste oder Schlimmste in Leuten hervorgeholt hat. Es gab immer Leute, die mir Knüppel vor den Rolli geschmissen haben und Leute, die mich unterstützt haben. Im allgemeinen denke ich, wäre ich als Nicht-Conterganer weniger geneigt gewesen, Ungewöhnliches zu machen und wäre weniger zielstrebig gewesen.

▶ : Wie siehst Du das Verhältnis zwischen Contergan-Behinderten

und anderen Behindertengruppen? Existieren viele oder nur wenige Kontakte?

GW ◀ : Ich denke, dass das von Land zu Land unterschiedlich ist. Im großen und ganzen würde ich sagen, daß die Kontakte eh gering waren und sind. Natürlich gibt es Conterganer, die in der 'Behindertenbewegung' eingebunden waren und sind und sich mit 'Behindertenthemen' befassen, die per se nichts mit Contergan zu tun haben, aber im generellen sah man und sieht man immer noch nicht viele Conterganer in allgemeinen Behindertentreffen... Das mag in Deutschland noch am wenigsten auffallen, da dort mehr Conterganer sind.

▶ : Könnte dort etwas verbessert werden?

GW ◀ : Sicherlich. Aber das Problem ist nicht Contergan-spezifisch oder 'Behindertenspezifisch'. Im allgemeinen denke ich, gibt es keine konstante gute Zusammenarbeit zwischen Menschenrechtsgruppen. Es gibt eine Machthierarchie und in vielen Themen denkt sich die eine Gruppe nicht, wie ihre Strategie andere Gruppen beeinträchtigt.

▶ : Contergan wurde später auch in Afrika und Lateinamerika als Lepra-Mittel eingesetzt, so dass dort ebenso Contergan-Behinderte leben. Ist das in der Conti-Szene ein Thema internationaler Solidarität?

GW ◀ : Brasilien war ein Thema, Afrika weniger. Und dann ist das auch wieder von Land zu Land unterschiedlich.

▶ : Wenn ja, wie sieht die aus?

GW ◀ : Das können andere besser beantworten.

▶ : Du arbeitest in Kanada, warum und wie kam es dazu?

Zur Person

Dr. Gregor Wolbring ist seit 1992 in Kanada und arbeitet als Biochemiker an der medizinischen Fakultät der Universität Calgary. Neben der Biochemie befasst er sich mit Behindertenpolitik, bioethischen Themen und neuen Technologien wie Nanotechnologie. Ab August 2008 wird er die Stelle eines ‚Assistant Professor, University of Calgary, Faculty of Medicine, Dept of Community Health Sciences, Program in Community Rehabilitation and Disability Studies‘ übernehmen und die Biochemie in einer Beraterfunktion weiterführen.

Weitere Informationen von Gregor Wolbring unter den Internet-Adressen: <http://www.bioethicsanddisability.org>
http://www.innovationwatch.com/commentary_choiceisyours.htm
<http://wolbring.wordpress.com/>

GW ◀ : Als Biochemiker wird erwartet, dass man nach dem Doktor eine Post-Doc-Stelle annimmt, wo man für 2-3 Jahre woanders arbeitet. Da ich in Deutschland nur auf Ablehnung gestoßen bin, habe ich schlicht und einfach einen Professor in Kanada gefragt, den ich während meiner Doktorarbeit kennengelernt hatte. Und dann verschlechterte sich die Joblage in Deutschland für Biochemiker, die zu meiner Zeit fertig geworden waren, so dass nur wenige einen akademischen Forschungsjob in Deutschland fanden. So blieb ich einfach in Kanada, da ich kein Problem habe, hier Geld für meine Forschung zu bekommen.

▶ : Im Contergan-Prozess wurde zur Ablehnung der Schuldfrage immer darauf verwiesen, die schädliche Substanz im Medikament sei nicht nachgewiesen. Du hast selbst dazu geforscht. Kannst Du zu den Hintergründen dazu und zu Deinen Ergebnissen etwas sagen?

GW ◀ : Es ist richtig, dass ich seit nun 9 Jahren biochemisch auf Contergan und Derivaten arbeite. Ich arbeite aber nicht an der Frage, ob Contergan schädlich ist. Aber die Meinung, dass Contergan nicht schädlich ist, ist von vielen über die Jahre widerlegt worden und ist nicht die allgemeine Meinung in Akademia oder anderswo.

▶ : Gibt es noch etwas Erwähnenswertes, was hier nicht gefragt wurde?

GW ◀ : Ich denke, dass die Debatte, die wir im Moment bezüglich der ungerechten Behandlung von Conterganern in Deutschland haben, dazu benutzt werden muss, um die globale Situation von Conterganern zu verbessern. Es gibt immer noch Länder die sich weigern, Conterganer anzuerkennen.

(FÜR DEN NL: VOLKER VAN DER LOCHT)

2.500 Besucher beim Kongress „Eine Schule für Alle“

Der Kongress „Eine Schule für Alle“ ist auf große Resonanz gestoßen. Insgesamt mehr als 2500 Besucher informierten sich vom 16. bis 18. November 2007 an der Universität zu Köln über Schulen, in denen jedes Kind willkommen ist. Trotz des Bahnstreiks reisten vor allem Familien mit behinderten Kindern aus dem gesamten Bundesgebiet nach Köln, um die Integration ihrer Kinder in die allgemeinen Schulen zu fordern und Kontakt zu anderen betroffenen Eltern zu knüpfen.

Der Fachkongress mit rund 350 Teilnehmern stimmte mehrheitlich für eine Resolution, in der der Bundestag aufgefordert wird, die UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen zügig und ohne Einschränkungen zu ratifizieren.

Die Bundesländer werden aufgefordert, ihre Schulsysteme zu einem inklusiven (alle Menschen einbeziehenden) Bildungssystem umzubauen, wie die UN-Konvention es verlangt. Für Nordrhein-Westfalen stellte sich das Bündnis „Eine Schule für alle in NRW“ vor, das im ganzen Land mit dem Ziel eines Volksbegehrens für die Abschaffung des gegliederten Schulsystems mobilisiert.

Die Veranstalter vom Elternverein mittendrin e.V. werten den Kongress als großen Erfolg und als ersten Schritt zu einer neuen bundesweiten Bewegung für die Integration der behinderten Kinder in die allgemeinen Schulen und für das Ende des viergliedrigen Schulsystems — dessen Sinn Beobachtern und Experten aus anderen europäischen und außer-

europäischen Ländern schon lange nicht mehr zu vermitteln ist.

Mittendrin e.V. forderte die Politik zum Abschluss des Kongresses „Eine Schule für Alle“ auf,

- den Eltern behinderter Kinder das unbedingte Recht auf die Wahl der Schulform für ihre Kinder zu garantieren,
- einen sofortigen Bau- und Umbaustopp für Sonderschulen zu beschließen,
- die UN-Konvention für die Rechte behinderter Menschen zügig und ohne Einschränkungen zu ratifizieren.

Am Veranstaltungsort Köln hat der Kongress „Eine Schule für Alle“ schon jetzt ein Umdenken in Politik und Verwaltung erreicht.



Eine Schule für Alle.

Der Rat der Stadt Köln hat beschlossen, die Plätze im „Gemeinsamen Unterricht“ bis zum Jahr 2010 zu verdoppeln.

Die Schuldezernentin der Stadt Köln, Dr. Agnes Klein, kündigte vor Beginn des Kongresses an, den „Schulentwicklungsplan Förderschulen“, der in seiner jetzigen Form die Aussonderung von mehr als 90 Prozent der behinderten Kinder aus dem allgemeinen Schulsystem bis ins Jahr 2020 zementierte, zurückzunehmen und einen neuen Schulentwicklungsplan auszuarbeiten.

(aus der Presseerklärung der KongressveranstalterInnen)

„in soldatisch-straffer Form ... und nationalsozialistisch geführt“

Die Ausrichtung des Deutschen Roten Kreuzes auf den Krieg.
Zum Inkrafttreten des DRK-Gesetzes am 1. Januar 1938

„(...) um 6.00 morgens durch Polen nach Russland. Zu beiden Seiten der Straße Byalistoks reiht sich ein zerstörtes Fahrzeug an dem anderen. Tanks, Geschütze, Feldküchen, Kanonen usw. Zwischendurch Massen- u. Einzelgräber; Deutsche u. Russen. Wir halten Mittagsrast vor einem zerschossenen Russendorf. Am Wegrand liegt ein Heldengrab, 3 blutjunge Soldaten liegen hier begraben, wir haben ihre Ruhestätte mit Blumen geschmückt. Ich schreibe auf einem zerschossenen russischen Tank.“

So lauten die Eindrücke einer Rotkreuzschwester in einem Eintrag ihres Tagebuchs vom 21. Juli 1941. Die Vorbereitungen für Kriegseinsätze, die solche Beschreibungen zur Folge hatten, begannen aber schon viel früher mit der Erklärung der Wehrhoheit und der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht 1935. Auch das Deutsche Rote Kreuz (DRK) war als amtliche Heeressanitätsorganisation nach den Genfer Konventionen darin einbezogen. So äußerte der Präsident des DRK, Carl Eduard Herzog von Sachsen-Coburg und Gotha, anlässlich der Wehrpflicht Einführung, dass damit eine Hinwendung zur Unterstützung des Heeressanitätsdienstes, der Ausbau der Bereitschaftskräfte und deren logistischen Umfeldes verbunden sei. In den Folgejahren verengte sich daher das Tätigkeitsfeld zunehmend auf militärische Belange, indem die für den Krieg wichtigen Sanitätskolonnen und Schwesternschaften aufgewertet wurden. Mit dem Gesetz zum DRK, das am 9. Dezember 1937 verabschiedet wurde und zu Beginn des Jahres 1938

in Kraft trat, wurde der gesetzliche Rahmen für eine offene Militarisierung geschaffen. So wurden die knapp 9.000 Einzelorganisationen zugunsten einer einheitlich geführten Gesamtorganisation beseitigt. Auch die Stellung des DRK-Präsidenten wurde durch die persönliche Ernennung des Führers Adolf Hitler hervorgehoben. Zwar war nach diesem Gesetz die Mitgliedschaft im Roten Kreuz freiwillig, allerdings wurde ein Austritt als Sabotage diffamiert.

Bedeutsam war auch die neue Satzung des DRK. Sie wurde am 24. Dezember 1937 erlassen und galt wie das Gesetz ab 1. Januar 1938. Alle Führungskräfte des Roten Kreuzes wurden nach den neuen Regelungen auf Adolf Hitler vereidigt:

„Ich schwöre Treue dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler. Ich gelobe Gehorsam und Plichterfüllung in der Arbeit des Deutschen Roten Kreuzes nach den Befehlen meiner Vorgesetzten. So wahr mir Gott helfe.“

Damit waren Hitlers Befehle für die Vereidigten bindende Richtschnur – ein einmaliger Vorgang in der internationalen Rotkreuzbewegung.

Verantwortlich für den Satzungsinhalt war der geschäftsführende Präsident des Roten Kreuzes. Seit Januar 1937 bekleidete Dr. med. Ernst Robert Grawitz diesen Posten. Grawitz war Mitglied der NSDAP und seit 1935 Reichsarzt der SS: Zur militärischen Bedeutung des Deutschen Roten Kreuzes äußerte er sich mit den Worten:

„Heute steht ein neues, schlagkräftiges Deutsches Rotes Kreuz in soldatisch-straffer Form organisiert und nationalsozialistisch geführt, zu jedem Einsatz bereit.“

Neben seiner Tätigkeit für das Rote Kreuz hatte Grawitz eine wichtige Funktion bei der Organisation der „Euthanasie“. Kurz nach Beginn des Krieges war Grawitz' Referent Dr. med. Werner Kirchert in der Kanzlei des Führers, um dort entsprechende Verhandlungen zu führen. Über ein Gespräch mit seinem Chef berichtete Kirchert:

„Dr. Grawitz (...) wies mich nachdrücklich auf die Notwendigkeit unbedingter Geheimhaltung hin und erklärte mir, dass es aus diesen Gründen notwendig sei, die Tötungsanstalten von der Außenwelt völlig abzuschließen, woraus folge, dass auch das Personal einschließlich meiner Person keine Verbindung zur Bevölkerung unterhalten dürfte. Es sei keine angenehme Aufgabe, aber man müsse auch bereit sein, unangenehme Arbeiten zu übernehmen (...) Erschließe sich von diesen Unannehmlichkeiten nicht aus und werde bereit sein, nach Errichtung der ersten Tötungsanstalt die Tötung der ersten Geisteskranken selbst durchzuführen.“

In Grawitz' Funktionen innerhalb der SS und des DRK vereinigte sich der Krieg gegen den „äußeren Feind“ an den militärischen Fronten und gegen den „inneren Feind“ der kranken, behinderten und sonst als abweichend definierten Menschen. Allerdings

ist seit vielen Jahren einer der Motoren der bundesdeutschen SL-Bewegung – ohne ihn hätte es sicher keine Grundgesetzänderung (Artikel 3, Abs. 3) gegeben und auch die Forderung nach einem Gleichstellungsgesetz wäre ungehört geblieben. Viele andere Ideen und Aktivitäten der letzten Jahre gehen so auf sein Konto, sind von ihm geprägt und tragen seinen Stempel. Getreu seiner Devise „Eine Idee, die in drei Minuten nicht erklärt werden kann, kann nicht sonderlich gut sein!“ hat er viele AktivistInnen bei der Umsetzung ihrer Ideen in seiner „Traumfabrik“ in Kassel nachhaltig unterstützt.

Die Größe des Loches, das seine berufliche Neuorientierung in der Szene hinterlassen wird, ist derzeit noch gar nicht absehbar. An vielen Ecken und Enden wird Ottmar fehlen: So bei kobinet, der Kooperation behinderter Menschen im Internet oder auch bei Mensch zuerst oder als Pressesprecher von ISL. Engagierte Menschen sind nicht so ohne weiteres zu ersetzen und die Personaldecke in der SL-Szene ist eher dünn.

versagte die zackige Rhetorik über den „soldatisch-straffen“ Charakter des Roten Kreuzes vor der Realität des Krieges. Während in den Tötungsanstalten Behinderte gemordet wurden, schuf man sich an der Front neue, wie die eingangs zitierte Krankenschwester zu berichten wusste:

„Ich habe sehr viel schwer Verwundete, bei manchen wird wohl alle Mühe umsonst sein, wenn man doch jedem helfen könnte. Die Ärzte geben sich die größte Mühe. Feldweibel T. muss der Arm doch abgenommen werden. Es ist grauenhaft, diesen Hünen nur mit Stumpf im Bett liegen zu sehen.“

VOLKER VAN DER LOCHT, ESSEN

Einige der langjährigen Aktivisten zog es beizeiten in die Politik, um hier für die Interessen behinderter Menschen zu streiten, andere zog es in den universitären Bereich, um bei Wissenschaft und Forschung den Anspruch des ‚Wir forschen selbst‘ voran zu bringen.

All dies hat Ottmar bereits hinter sich. Anders als andere AktivistInnen zieht es ihn derzeit nicht weiter in die Politik (als bisheriger Grünen-Stadtverordneter im Kasseler Parlament, hat er das wohl schon hinter sich), sondern er wird sich mitten in die Höhle des Löwen wagen, den Hemmschuh jedwelcher fortschrittlichen Entwicklung – in die Verwaltung.

Was treibt einen wie Ottmar um, wenn er als Behindertenbeauftragter einer Landesverwaltung die Gleichstellung beibringen möchte? Ist es die Chance, etwas ganz Neues zu machen oder gar der Wunsch, das System von innen heraus in/zur Bewegung zu bringen?

Wie auch immer: Es bleibt zu hoffen, dass er nicht auf graue Bürokraten an grünen Tischen trifft, die strukturell Aussonderung organisieren. Statt dessen sind ihm aufgeschlossene Menschen zu wünschen, die Nichtaussonderung in allen Bereichen vorantreiben möchten.

Der rheinland-pfälzische Landeslogan „Wir machen’s einfach“ könnte auch als Wahlspruch direkt aus Ottmar’s ‚Traumfabrik‘ kommen. Und wenn jemand dann noch Kafka auf seiner Website zitiert („Wege entstehen dadurch, dass man sie geht“), dann kann man ihm eigentlich nur einen guten Weg wünschen!

JÖRG FRETTER, MARBURG

Mehr auf www.miles-paul.de

Personalie II

Gerlef Gleiss kandidiert für Die Linke in Hamburg

Gerlef Gleiss, Mitarbeiter der Behindertenberatungsstelle von ‚Autonom Leben‘ in Hamburg wurde auf der VertreterInnenversammlung der Partei DIE LINKE für den Listenplatz 12 nominiert. Bei den Bürgerschaftswahlen im kommenden Frühjahr müsste die Partei rund 8,5 Prozentpunkte bekommen, damit auch Gerlef in die Hamburger Bürgerschaft einziehen könnte. Bisher liegt die Partei in Umfragen bei ca. 7 Prozent.

Aufruf

Weg mit dem Begriff „geistige Behinderung“

Die Initiative „Mensch zuerst“ hat dazu aufgerufen, den Begriff „geistig behindert“ abzuschaffen, weil sie ihn als abwertend empfindet. In dem Aufruf heißt es: „Wir von Mensch zuerst wollen nicht „geistig Behinderte“ genannt werden. Wir wollen den Begriff „geistig behindert“ abschaffen. (...) Wir finden den Begriff „Menschen mit Lernschwierigkeiten“ besser.“

Wer die Initiative unterstützen will, kann dies im Internet tun und klicke zu: <http://www.people1.de/umfrage.php>

NEUE ADRESSE

Die Redaktion des **NEWSLETTERS** ★ **BEHINDERTENPOLITIK** hat eine neue Adresse.

**CHRISTIAN WINTER
PLEIKARTSFÖRSTERSTR.71
69124 HEIDELBERG**

TEL. 0 62 21 / 41 26 51

E-MAIL:

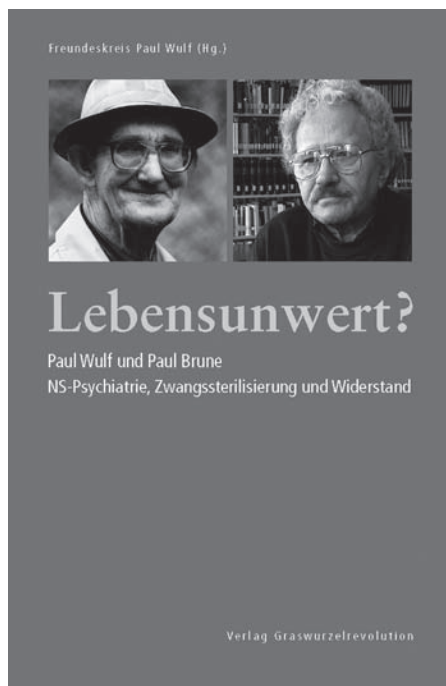
WINTERMESSAGE@YAHOO.DE

Ein Leben im 20. Jahrhundert

Paul Wulf wurde 1921 geboren, als Sohn einer Bergarbeiterfamilie. Infolge der Weltwirtschaftskrise und der katastrophalen Arbeitsbedingungen konnte sein gesundheitlich schwer geschädigter Vater die sechsköpfige Familie nicht mehr ernähren. Paul Wulf wurde in das katholische St.-Vincent-Heim in Cloppenburg gebracht. 1932 wurde er in die jugendpsychiatrische „Idiotenanstalt“ nach Marsberg verlegt. Seine Eltern stellten 1937 einen Entlassungsantrag. Der Anstaltsleiter stimmte der Entlassung nur in Verbindung mit einer Zwangssterilisation zu. Begründung: Paul leide an „angeborenem Schwachsinn ersten Grades.“ Im Alter von 16 Jahren wurde Paul Wulf im Landeskrankenhaus Paderborn im März 1938 sterilisiert.

Das sind einige dürre, biographische Daten, die Paul Wulf widerständig machten. Während des Zweiten Weltkrieges konspirierte er mit Kriegsgefangenen, verübte kleinere Sabotageaktionen. Im Nachkriegsdeutschland musste er wie viele andere erleben, wie Schreibtischtäter oder auch Genetiker wie Widukind Lenz (siehe S. 3) ihre politischen und wissenschaftlichen Karrieren weiter verfolgen konnten. Paul Wulf aber kämpfte – für die Entschädigung der rund 400.000 zwangssterilisierten Menschen im nationalsozialistischen Deutschland. Er machte mit seinen Recherchen die politischen Vorlesungen und nazistischen Schriften Otmar Freiherr von Verschuer zugänglich. Der Professor war Doktorvater des KZ-Arztens Josef Mengele, der in Auschwitz-Birkenau für Verschuers Forschung Menschenexperimente durchführte. Ab 1951 war er Professor für Humangenetik und erster Lehrstuhlinhaber am neugegründeten Institut für Humangenetik an

der Universität Münster, Dekan der Medizinischen Fakultät und angesehener Bürger seiner Stadt. Paul Wulf und seine Mitstreiter mussten um Entschädigungen kämpfen.



Freundeskreis Paul Wulf (Hg): **Lebensunwert?**

Paul Wulf und Paul Brune.
NS-Psychiatrie, Zwangssterilisierung und Widerstand.
Verlag Graswurzelrevolution, Nettersheim 2007,
202 Seiten für 14,90 Euro.

Weitere Informationen sind im Internet zu finden:
www.paul-wulf.net;
www.uwz-archiv.de

1950 verkündete das Amtsgericht Hagen: „Der Antragsteller hat sich offenbar spät entwickelt und die Entwicklung ist für ihn günstig verlaufen, so dass die Diagnose ‚angeborener Schwachsinn‘ nicht mehr aufrecht erhalten werden kann.“ Das gleiche Gericht lehnte seine Schadensersatzansprüche ab. „Erfahrungsgemäß behaupten die Betroffenen, durch

die Unfruchtbarmachung körperliche Schäden, die zur Arbeitsunfähigkeit ... geführt haben sollen, erlitten zu haben. Die Erfahrung ... lehrt, dass diese körperlichen Schäden durchweg simuliert werden“. Erst 1979 konnte Paul Wulf eine bescheidene Erwerbsunfähigkeitsrente durchsetzen.

Um über die Medizinverbrechen und Euthanasieprogramme im Nationalsozialismus aufzuklären, verarbeitete Paul Wulf seine Recherchen in immer neuen Ausstellungen, die er bis zu seinem Tod im Jahr 1999 zeigte. Einige dieser Tafeln sind nun in einem Sammelband dokumentiert, zusammen mit den Menschenrechtsverletzungen in Psychiatrien, die auch sein Freund Paul Brune erlitt. Brune wurde 2003 als eines der ersten Opfer der Nazipsychiatrie anerkannt.

Die Dokumentation ist dem „Freundeskreis Paul Wulf“ zu verdanken. Er hat das Buch herausgegeben, kümmert sich um den Nachlass und setzt sich dafür ein, dass Paul Wulf eine gebührende Anerkennung erfährt und in seiner Heimatstadt Münster eine Straße nach ihm benannt wird.

ERIKA FEYERABEND, ESSEN

Impressum

NEWSLETTER BEHINDERTENPOLITIK NR. 30
(erscheint als Beiheftung von BIOSKOP Nr. 40)

REDAKTIONSTEAM:

Volker van der Loch, Tel. 02 01 / 4 30 92 55
E-Mail: volkervanderlocht@t-online.de

Christian Winter (V.i.S.d.P.), Pleikartsförsterstr. 71,
69124 Heidelberg, Tel. 0 62 21 / 41 26 51
E-Mail: wintermessage@yahoo.de

BEITRÄGE IN DIESER AUSGABE:

Volker van der Loch, Jörg Fretter und Erika Feyerabend

LAYOUT: Jörg Fretter, Friedensplatz 6, 35037 Marburg
Tel. 0 64 21 / 2 50 29, E-Mail: joerg.fretter@macnews.de

DRUCK: Hohlmann Druck & Medien, Essen